

Philipps



Universität
Marburg

MENA direkt

Islamismus in Bewegung

Schriftenreihe des Fachgebiets Politik
am Centrum für Nah-und Mittelost-Studien (CNMS)

**Neue Akzente im Parlamentswahlkampf 2014 der moderat-islamistischen
Ennahda in Tunesien: Einheit, Konsens und Pragmatismus**

Julius Dihstelhoff

Unter Mitarbeit von Ivesa Lübben und Heidi Reichinnek

No. 01 – Juni 2015 – ISSN: 2364-7035

Inhalt

1. Einleitung	1
2. Strukturierung des Transformationsprozesses durch Ennahda	2
3. Besonderheiten im Parlamentswahlkampf von Ennahda 2014: Demokratisierung auf der Basis von Einheit, Konsens und Pragmatismus	3
3.1 Inhaltliche Besonderheiten	3
3.1.1 Schwerpunkte des Wahlprogramms	3
3.1.2 Rolle von Islambezügen.....	5
3.1.3 Diskurs zur nationalen Einheit Tunesiens.....	5
3.2 Strukturelle Besonderheiten	6
3.2.1 Aufstellung der Wahllisten	6
3.2.2 Unterschiedliche Evaluation der Ergebnisse	7
4. Schlussfolgerungen	8

1. Einleitung

Das politische System Tunesiens ist ein hybrides System aus parlamentarischen und präsidentiellen Elementen. Ein Listenwahlsystem mit proportionaler Repräsentation ist verfassungsrechtlich verankert. Am 26. Oktober 2014 kam es zu den ersten Parlamentswahlen nach Verabschiedung der Verfassung vom 27. Januar 2014. Nach den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung waren dies die zweiten freien Wahlen in der Historie des Landes. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2014 hat Ennahda im Vergleich zu den Wahlen 2011 ein Drittel ihrer Wähler – insgesamt 554.286 Stimmen – verloren. Während sie bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 2011 mit 37 % stärkste Fraktion war, erzielte sie 2014 nur noch 27,8 % und stellt künftig 69 Abgeordnete. Stärkste Kraft wurde die erst 2012 gegründete Nidaa Tounis mit 37,6 % der Stimmen und 86 Abgeordneten.¹

Trotz der Wahlverluste konnte sich Ennahda konsolidieren. Grund hierfür ist, dass Ennahda - wie schon 2011 – eine der am besten organisierten Parteien des Landes ist, die zudem über ein weit gefächertes Kandidatenfeld in sämtlichen 27 inländischen und 6 ausländischen Wahlbezirken verfügt. Außerdem sei, so Radwan Masmoudi - Präsident des *Center of the Study of Islam and Democracy* (CSID) und intimer Kenner von Ennahda - der Stimmverlust von Ennahda als moderat islamistischem Akteur im Verhältnis zum Einflussverlust anderer moderater Islamisten in der MENA-Region als weniger enttäuschend einzuschätzen.²

Ziel dieses Briefing Paper ist es, folgender Leitfrage nachzugehen:

Welche inhaltlichen und strukturellen Besonderheiten weist der Parlamentswahlkampf 2014 von Ennahda auf?

Das Papier basiert auf der Auswertung von Dokumenten und Gesprächen mit 21 Ennahda-Mitgliedern, die im Zeitraum vom 12.10. bis zum 12.11.2014 entstanden sind³, sowie Eindrücken, die im Rahmen teilnehmender Beobachtungen, während des Wahlkampfes, gewonnen wurden.

2. Strukturierung des Transformationsprozesses durch Ennahda

Wichtig für die Betrachtung des Parlamentswahlkampfes von Ennahda ist die inhaltliche und zeitliche Einordnung dieses Ereignisses durch Ennahda selbst. Hierbei ist grundlegend zu erwähnen, dass der gegenwärtig noch andauernde tunesische Übergangsprozess von der Partei grob in zwei Phasen unterteilt wird. Diese Einteilungen sollen als Referenz für die Besonderheiten von Ennahda im Wahlkampf herangezogen werden.

Erste Phase: Beginn landesweiter Massenunruhen ab dem 17.12.2010 bis zum 04.10.2014, dem offiziellen Wahlkampfbeginn der Parlamentswahl 2014:

Die erste Phase ist geprägt von einer strukturellen Neugründung Tunesiens, die durch die Verabschiedung der Verfassung ihren Höhepunkt erreichte, jedoch auch die Technokraten-Regierung ohne Ennahda-Beteiligung miteinschließt. Diese erste Phase wird als partizipativer Prozess der Verfassungsgebung wahrgenommen, in dem die Inklusion anderer Gesinnungen von großer Bedeutung gewesen sei. Dies sei als echter Sozialpakt zu verstehen, um so eine gemeinsame nationale Neu-Identität zu generieren. Aus Sicht von Ennahda hat sich der gesamt-nationale Konsens für die Wahrung der nationalen Einheit als unverzichtbar erwiesen, ohne den das Land in der ersten Phase vielleicht im Chaos versunken wäre. Vor allem sei in diesem Kontext die Gefahr einer möglichen Konterrevolution, wie sie am Beispiel Ägyptens zu beobachten war, zu nennen. Deswegen habe man in der ersten Phase viele Kompromisse, allen voran der Rücktritt aus der Regierung im Januar 2014, und im Verlauf der Verfassungsdiskussion Zugeständnisse zugunsten politischer Minderheiten in unterschiedlichen Bereichen gemacht. Dazu zählen für Ennahda u.a. der Verzicht auf Sharia-Bezüge in der Verfassung, der Verzicht auf ein parlamentarisches Staatsmodell zugunsten einer Mischform aus Parlamentarismus und Präsidialsystem sowie schlussendlich der Rücktritt der Ennahda-geführten Regierung zugunsten einer Technokraten-Regierung.

Zweite Phase: Offizieller Wahlkampfbeginn der Parlamentswahl 2014 bis zum Ende der ersten Legislaturperiode des neu gebildeten Parlaments:

Die zweite Phase ist in erster Hinsicht als fortlaufender Lernprozess nach den gemachten Erfahrungen aus der ersten Phase zu verstehen. Während man sich in der ersten Phase auf Identitätsklärung fokussiert habe, stehen nun Entwicklungsprobleme des Landes und der Umgang von Ennahda mit diesen im Vordergrund. Die entsprechenden Lösungsvorschläge von Ennahda werden vor allem im neuen Wahlprogramm deutlich. Demnach herrscht in dieser zweiten Phase einerseits das Gefühl vor, bereits eine wichtige Phase der Transformation maßgeblich geprägt und hinter sich gebracht zu haben. Andererseits gehe es um die Konsolidierung demokratischer Strukturen mit dem Ziel, einen demokratischen Rechtsstaat zu etablieren. Dieser wird erstens als Garant für die eigene Parteixistenz angesehen und zweitens als Grundlage für die soziale Einheit in Tunesien angestrebt. Daraus leitet sich ab, dass sich Ennahda heute als moderate, demokratische Kraft in der politischen Mitte Tunesiens sieht.

Vor diesem Hintergrund entwickelten sich die Positionen und Strategien im Parlamentswahlkampf der moderat islamistischen Partei. Die Besonderheiten bei den Parlamentswahlen in Phase 2 sind

also durch die bisherigen Erfahrungen aus Phase 1 zu erklären. Mit dem Übergang fand eine Entwicklung statt, deren Ergebnis hier dargestellt wird.

3 Besonderheiten im Parlamentswahlkampf von Ennahda 2014: Demokratisierung auf der Basis von Einheit , Konsens und Pragmatismus

Im Parlamentswahlkampf von Ennahda lassen sich inhaltliche und strukturelle Besonderheiten ausmachen. Die inhaltlichen Besonderheiten sind vor allem bei der Gestaltung des Wahlprogramms, dem Umgang mit Islambezügen sowie dem Diskurs zur nationalen Einheit festzustellen. Strukturelle Besonderheiten zeigen sich bei der Wahl der Kandidaten und dem Umgang mit den Wahlergebnissen.

3.1 Inhaltliche Besonderheiten

Oftmals wurde Ennahda vorgeworfen, ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht zu werden. Das Wahlprogramm von 2011 hatte zum Teil unrealistische Ziele formuliert. Ennahda-Kandidaten weisen darauf hin, dass das Wahlprogramm von 2014 realistischer sei und stärker an den sozialen, politischen und ökonomischen Realitäten anknüpfe. So habe man im neuen Programm nicht wie 2011 den völligen Abbau der Arbeitslosigkeit versprochen, sondern Maßnahmen vorgeschlagen, mit denen sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren die Arbeitslosigkeit pro Legislaturperiode um 5 % senken lasse. Darüber hinaus nahm das Wahlprogramm für die Verfassungsgebende Versammlung von 2011 mehrfach explizit Bezug auf den Islam als Wertereferenz und auf die islamische Identität Tunesiens. Im Wahlprogramm von 2014 finden sich nur noch wenige Islambezüge. Fortgesetzt wird diese Entwicklung bei den Wahlkampfveranstaltungen, bei denen sich Ennahda eher als nationale tunesische denn als islamische Partei präsentierte. Darüber hinaus hat Ennahda ihren Fokus auf einen Nationalen Dialog als unerlässliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Transformationsprozess ausgebaut.

3.1.1 Schwerpunkte des Wahlprogramms

Die Schwerpunkte des Wahlprogramms liegen im Bereich Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, die mehr als die Hälfte des Programms umfassen, sowie auf innerer Sicherheit. Die Schaffung einer stabilen und gerechteren Wirtschaftsordnung in Form einer sozialen Marktwirtschaft (*iqtisad al-suq al-ijtima'i*) ist in den Augen von Ennahda die zweite Säule des revolutionären Prozesses. Ziel sei es, das starke Entwicklungsgefälle zwischen den Provinzen zu überwinden, eine größere Einkommensgerechtigkeit zwischen den sozialen Schichten herzustellen und über einen umsichtigen Umgang mit den Ressourcen die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu wahren. Nur über eine stabile Wirtschaft und die Absorption der arbeitslosen Jugend kann die Demokratie stabilisiert werden. Alle anderen Bereiche, wie Bildungs-, Religions- aber auch Außenpolitik sind diesen Bereichen untergeordnet.

Wirtschaft: Im Zentrum des Wirtschaftsteils steht die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Arbeitsbeschaffungsprogramme, Investitionen in technologisch entwickelte, produktive Industrien und die Förderung des Exportes. Durch vereinfachte und transparente Antragsverfahren, Steuererleichterungen in strategisch wichtigen Sektoren und die Optionen von public-private-partnership (ppp) bei strategischen Infrastrukturprojekten sollen Anreize für ausländische

Investoren geschaffen werden. Parallel sollen neue Märkte vor allem in Schwellenländern und dem subsaharischen Afrika erschlossen werden. Tunesien soll nach Vorstellung von Ennahda zu einer Brücke zwischen europäischen und afrikanischen Märkten werden. Außenpolitik wird in dem Wahlprogramm von 2014 als „Ökonomische Diplomatie“ zur Unterstützung der Entwicklungsanstrengungen verstanden.⁴ Durch eine effektivere Steuererhebung, Korruptionsbekämpfung, Subventionsabbau und die Integration des informellen Sektors⁵ sollen die Staatsfinanzen konsolidiert werden. Durch die Ausgabe von ‚islamischen Staatsanleihen‘ (*sukuk*), bei denen der Geldgeber bis zur Rückzahlung des Kredits nomineller Mitbesitzer des Projektes bleibt, sollen zusätzliche Haushaltsmittel für Infrastrukturprojekte bereitgestellt werden. Durch die Gründung islamischer Banken und islamischer Abteilungen bei konventionellen Banken soll der Kreditmarkt um islamische Finanzdienstleitungen (zinslose Risikokredite wie *mudaraba* oder *musharaka*) erweitert und zusätzliches Kapital für Investitionen mobilisiert werden. Subventionen, die einen großen Teil des Staatshaushaltes verschlingen, sollen gezielt bedürftigen sozialen Schichten und zugutekommen.

Ennahda strebt eine „soziale Marktwirtschaft“ (*iqtisad al-suq al-ijtima'i*) an⁶, in der der Staat eine aktive Rolle bei der Schaffung von Entwicklungsanreizen spielt und der einen sozialen Ausgleich zum Schutz unterer Einkommensgruppen garantiert. Eine Privatisierung des staatlichen Wirtschaftssektors ist nicht vorgesehen. Um die Effektivität der Staatsbetriebe zu erhöhen, sollen diese jedoch unabhängig von staatsbürokratischen Eingriffen in Eigenverantwortung verwaltet werden. Ein wichtiger Akzent liegt auf dem Entwicklungsausgleich zwischen den entwickelten Küstenregionen und den marginalisierten Provinzen im Süden und Landesinneren. Durch ehrgeizige Infrastrukturprogramme, Dezentralisierung und die Beseitigung von Umweltschäden sollen die marginalisierten Provinzen attraktiver gemacht werden. So sollen die Gouvernante eigenverantwortlich Wirtschaftskooperationen mit ausländischen Investoren eingehen. Parallel zu dem zentralen Wahlprogramm haben die Provinzorganisationen von Ennahda dezentrale Programme entwickelt, in denen die zentralen Vorgaben im lokalen Kontext konkretisiert werden.

Innere Sicherheit: Ennahda betrachtet den Terrorismus als größte Bedrohung der nationalen Sicherheit. Hiermit hat sich Ennahda explizit gegen extreme Auslegungen des Islam positioniert, nachdem ihr die säkularen Kräfte in der Vergangenheit vorgeworfen haben, sie würden vor der Gefahr islamisch begründeter Gewalt die Augen verschließen. In dem Programm von 2014 werden eine bessere Ausrüstung der Sicherheitsorgane, eine enge regionale und internationale Kooperation bei der Terrorismusbekämpfung und härtere Gesetze gefordert. Auch die Propagierung und Glorifizierung von Terrorismus müsse gesetzlich geahndet werden. Gleichzeitig fordert Ennahda die Jugend durch bildungspolitische und kulturelle Angebote gegen extremistisches Gedankengut zu immunisieren und einen moderaten Islam zu propagieren.

Die Konsolidierung der demokratischen Transformation: Im politischen Teil liegt das Schwergewicht auf der Fortsetzung des Aufbaus demokratischer Strukturen. In der nächsten Legislaturperiode stehen laut Verfassung die Etablierung eines Verfassungsgerichtes und anderer zentraler Körperschaften, wie die Kommission für Menschenrechte, die Kommission zur Verhinderung von Folter, die Kommission für eine Nachhaltige Entwicklung und die Kommission für Audio-Visuelle Kommunikation sowie Gesetze zur Dezentralisierung auf der Tagesordnung. Wichtig sei die Unterstützung und Einbeziehung der Zivilgesellschaft als demokratisches Korrektiv. Eine Schlüsselbedeutung für Ennahda hat die Unterstützung der Kommission für Wahrheit und Würde, da ohne Übergangsjustiz die demokratische Transformation unvollständig bleibt.

3.1.2 Rolle von Islambezügen

Z den wenigen religionspolitischen Programmpunkten bei den Wahlen 2014, gehört die Forderung, die traditionsreiche *Zaituniya*-Universität^a als internationale theologische Lehrstädte wieder zu eröffnen. Daneben solle eine Koranakademie begründet und die Moscheen professionalisiert werden. Die Stärkung eines moderaten Islam schütze die Gesellschaft vor religiösem Extremismus.⁷ Außerdem weist das Wirtschaftsprogramm einige Islambezüge auf. (s.o.)

Auch während des Wahlkampfes präsentierte sich Ennahda eher als nationale tunesische denn als islamische Partei. Dies wird sowohl durch die Wahlkampfretorik als auch die Wahlkampfesymbolik auf den Großveranstaltungen deutlich. Hier waren Tunesien-Flaggen neben Ennahda-Flaggen zu finden. Hinzu kommt die Rahmung der zentralen Reden des Parteivorsitzenden Ghannouchis während der angesprochenen Großwahlkampfveranstaltungen^b durch die Nationalhymne zu Beginn und ein gemeinsames Gebet zum Schluss. In den Reden selbst standen die Kernthemen der zweiten Phase, wie beispielsweise Kampf gegen Armut, im Zentrum der Rhetorik und wurden von einem zentralen Diskurs zur Nationalen Einheit Tunesiens begleitet.

3.1.3 Diskurs zur nationalen Einheit Tunesiens

Seit den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 2011 ist Tunesien ideologisch und politisch tief in ein islamisches und ein säkulares Lager gespalten. Zwischenzeitlich wurde dadurch der verfassungsgebende Prozess paralytisiert und drohte zu scheitern.^c Erst durch einen umfassenden nationalen Dialog unter Einschluss der Zivilgesellschaft konnten sich die Lager auf die Fortsetzung des Verfassungsprozesses einigen.^d Ennahda hat zugunsten der Wiederherstellung des nationalen Konsens' viele Zugeständnisse gemacht. Der wichtigste war dabei der Rücktritt der Ennahda-geführten Regierung, der eine Technokraten-Regierung folgte.

Konsensdemokratie und Rechtsstaat waren die Voraussetzung für die politische Integration von Ennahda nach mehr als zwei Jahrzehnten Illegalität. In den Augen der Partei sind sie die wichtigste Garantie dafür, dass sie nicht erneut marginalisiert oder gar wieder in die Illegalität getrieben werden, so wie die ägyptische Muslimbruderschaft nach dem Militärputsch im Juli 2013. Unter Verweis auf die erste Phase wird bei Ennahda deutlich, dass die Erfahrungen des politischen Dialogs als optimistische Ausgangslage für intensivere Kooperation zwischen allen politischen und gesellschaftlichen Akteuren gewertet werden. Dies sei essentiell für künftiges politisches Handeln.

^a Die Institution ist 1.300 Jahre alt, sie wurde unter Bourguiba geschlossen.

^b Vgl. Ennahda-Großveranstaltung in Sfax vom 18.10.14 in einem Amphitheater direkt an der Meeresküste mit ca. 10 000 Personen im Stadion selbst und weiteren ca. 10 000 Personen vor dem Theater, die keinen Platz mehr gefunden hatten. Stimmung ist wie auf einem Festival, nicht wie auf einem islamistischen Kongress, wie man ihn in anderen arabischen Ländern kennt. Die Zuschauer setzen sich aus einer Mischung verschiedener Generationen und sozialen Schichten zusammen. Keine Geschlechtertrennung, durchaus auch viele Frauen ohne Kopftuch, keine besondere Geschlechterdistanz, keine Frau mit Niqab. Das Programm ist abwechslungsreich: Reden des Regionalverantwortlichen, dann die Spitzenkandidaten auf den beiden Wahllisten aus Sfax und zwischendurch Kultureinlagen. Damit will Ennahda zeigen, dass sie offen ist für Kultur, für andere, dass der Islam vereinbar ist mit Lebensfreude und kulturellen Äußerungsformen.

^c Nach dem Mord an dem Oppositionspolitiker Shoukri Belaid und Mohammed Brahmi, für den die säkulare Opposition Ennahda mitverantwortlich machte, boykottierte sie über Monate die Mitarbeit in der Verfassungsgebenden Versammlung.

^d Vier der wichtigsten zivilgesellschaftlichen Organisationen, die Gewerkschaftsföderation UGTT, der Unternehmerverband UTICA, die Rechtsanwältkammer und die Liga für Menschenrechte verhandelten mit den zerstrittenen politischen Lagern über eine Road-Map, die die Fortsetzung des Verfassungsprozesses garantierte.

Gleichzeitig würde laut Ennahda mittelfristig allgemeines öffentliches Interesse über enge Parteiinteressen gestellt werden können. Vor diesem Hintergrund lässt sich erklären, warum sich Ennahda in folgenden politischen Entscheidungen entsprechend positioniert hat:

- I. **Verzicht auf eigenen Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen - stattdessen Forderung nach Einsetzung eines links-liberalen Kandidaten, um zur nationalen Konsensfindung und damit zur nationalen Einheit beizutragen.** Allerdings kam es nicht zur Einsetzung eines gemeinsamen links-liberalen Kandidaten, da sich die potentiellen Bündnispartner Ennahdas aufgrund ihrer politischen Ambitionen nicht einigen konnten. Nicht zuletzt deswegen wurde der Ennahda-Vorschlag von der Opposition mit der Argumentation abgelehnt, dass dies dem demokratischen Prinzip der Selektionsmöglichkeit des Wählers widersprechen würde.
- II. **Einsetzung einer Einheitsregierung für die zweite Phase, die alle wichtigen Parteien umfasst, damit nicht entgegen einer gesellschaftlichen Mehrheit regiert werden würde.**
- III. **Kooperationsbereitschaft statt politischer Abgrenzung.** So schließt Ennahda mit keiner Partei eine mögliche Regierungsbildung von vornherein aus. Auch Nidaa Tounes, die sich im Wahlkampf gegen Ennahda positioniert hat, wird also potentieller Partner angesehen.
- IV. **Keinerlei Bezugnahme zu anderen politischen Parteien.** Auffällig ist, dass weder auf den Großwahlkampfveranstaltungen in Gabès, Sfax und Tunis, noch in der medialen Selbstberichterstattung auf der Partei-Homepage, noch durch den Vorsitzenden Sheikh Gannouchi, sowie aktuelle Kandidaten und ehemalige Abgeordneten, andere Parteien öffentlich namentlich erwähnt werden.

3.2 Strukturelle Besonderheiten

Die strukturellen Besonderheiten werden vor allem im Hinblick auf die innere Organisation von Ennahda deutlich. Die Wahl der Kandidaten für die Parlamentswahlen erfolgte weitgehend gemäß internen demokratischen Prinzipien. Darüber hinaus berücksichtigt Ennahda bei der Wahllistenplatzvergabe auch die Einbeziehung unabhängiger Kandidaten über Parteigrenzen hinaus. Mit Blick auf die unterschiedliche Bewertung der Wahlergebnisse ist zudem zu attestieren, dass Kritik aus den eigenen Reihen angenommen und diskutiert wird. Ennahda ist also bestrebt nicht nur im Rahmen des politischen Systems sondern auch in der Partei selbst nach demokratischen Regeln zu handeln.

3.2.1 Aufstellung der Wahllisten

Die Auswahl der Ennahda-Kandidaten für die Wahllisten ist unter Berücksichtigung des internen Mehrheitsprinzips entstanden. Erste Vorschläge gingen von den Basisorganisationen aus, dann wurde auf der Ebene der Provinzorganisationen intern gewählt. Daraus entstand ein erster Vorschlag, welcher in der Regel durch die Parteiführung bestätigt wurde. Dementsprechend stellt die Kandidatenliste einen Kompromiss zwischen Bedürfnissen der jeweiligen Provinz und den Anforderungen der zentralen Führung dar und verweist auf den Anspruch der Partei nach interner Konsensorientierung. Ennahda hat ihre Wahllisten auch für Unabhängige geöffnet (ca. 25% aller Kandidaten). Dabei wollte die Partei sowohl ihre Expertise erweitern als auch durch die Einbeziehung lokal bekannter Persönlichkeiten neue Wählerschichten an die Partei binden. Ein prominentes Beispiel ist der Gründer der lokalen Fluggesellschaft Syphax Airlines, Mohammad Frikha, der als unabhängiger Kandidat auf Listenplatz 1 im Wahlkreis Sfax II kandidierte.

3.2.2 Unterschiedliche Evaluation der Ergebnisse

Die Evaluation der Ergebnisse der Parlamentswahlen in Tunesien fällt innerhalb von Ennahda unterschiedlich aus. Eine weitgehend einheitliche Tendenz Ihrer Einschätzungen lässt sich vor allem in ihrem grundsätzlichen Missfallen gegenüber dem Wahlsieg von Nida Tounes, sowie in Beurteilungen ihrer politischen Rolle aus der ersten Phase erkennen. So habe sich Ennahda als wichtige Partei in der tunesischen Gesellschaft etabliert und kann einen bedeutsamen Erfahrungszuwachs sowie Kompetenzgewinn verzeichnen.

Uneinigkeit besteht in der Beurteilung der inhaltlichen Ausrichtung des Wahlkampfes, welche nach Angaben vieler Ennahda-Parteivertreter und ihren Sympathisanten strukturelle Nachteile mit sich gebracht hätte. Als Beispiel ist hier Sheikh Abdelfattah Morou zu nennen, der von einem Wahldebakel für Ennahda spricht und meint, dass dies mit einer fehlenden Positionierung seiner Partei im Hinblick auf die Benennung eines eignen Ennahda-Kandidaten für die Präsidentschaftswahl zusammenhänge. Des Weiteren, so Morou, habe Ennahda nicht erkannt, dass parteipolitische Ambitionen gegenüber dem Diskurs der nationalen Einheit zu stark in den Hintergrund gerückt seien. Folglich sei kein Wahlkampf der klaren Abgrenzung gegenüber anderen Akteuren geführt worden.

Der politische Berater von Ghanoushi, Loutfi Zeitoun, hebt dagegen hervor, dass sich die Ennahda habe stabilisieren können, während die gesamte politische Elite, die die Übergangsphase geprägt hätte, vom Wähler abgestraft worden sei. Keine Partei sei in der Lage allein zu regieren, sondern müsse mit anderen Partnern einen Kompromiss suchen. Außerdem könne die Verfassung nicht eigenmächtig von einem politischen Lager geändert werden, da keine politische Kraft über die notwendige 2/3-Mehrheit verfügen würde. Auch Sheikh Ghannouchi und weitere Parteivertreter, wie Mohammed Gueloui, der Verantwortliche für Gewerkschaftsangelegenheiten der Partei, verkünden, dass für Sie in der Rückschau auf die Parlamentswahlen weniger der verfehlte Wahlsieg maßgeblich sei, sondern dass es vor allem um die Stabilisierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ginge. Dies seien in den Augen von Ennahda Garantien dafür, dass die Partei aufgrund des Machtverlusts und der neuen Kräfteverhältnisse nicht erneut in die die Illegalität abgedrängt werden würde.⁸ Es wird also deutlich, dass es keine einheitliche Parteilinie gibt, Kritik ist erwünscht und wird angenommen. Dies bestätigte Ghannouchi auch bei seiner Rede während der Preisverleihung zum Ibn Rush-Preis am 5.12.2014 in Berlin. Er betonte, dass auch Ennahda Fehler mache und das sogar ständig. Innere und äußere Kritik wird akzeptiert, da man voreinander lernen müsse.

4 Schlussfolgerungen

- I. **Der Wiedereinzug von Ennahda als zweitgrößte Partei in das tunesische Parlament mit einer soliden Wählerbasis von fast einem Drittel der tunesischen Bevölkerung sichert der Partei einen Platz auf der zukünftigen politischen Landkarte des Landes.** Daher ist trotz unterschiedlicher Bewertung des Stimmenrückgangs eine tendenzielle Zuversicht zu verzeichnen.
- II. **Der Transformationsprozess ist ein Lernprozess für Ennahda.** Ennahda hat deutlich an politischer Kompetenz gewonnen. Dies wird in programmatischen und rhetorischen Veränderungen gegenüber dem Programm von 2011 und der professionellen Politikgestaltung deutlich. Das Wahlprogramm von 2014 ist realistischer in seinen Forderungen und vorgeschlagenen Maßnahmen.
- III. **Ennahda stellt in ihrem Wahlprogramm infrastrukturelle und wirtschaftliche Strukturverbesserungen in den Mittelpunkt.** Hierzu zählt vor allem der stärkere Akzent auf dezentrale Regionalplanung, statt auf Machtausbau und –sicherung.
- IV. **Die religiöse Programmatik tritt gegenüber sozio-politischem Pragmatismus in den Hintergrund.** Die islamische Konnotation ist stark zurückgegangen, während die Selbstdarstellung als nationale Kraft zunimmt.
- V. **Der Fokus Ennahdas auf eine Demokratisierung durch Konsens findet im Wahlprogramm 2014 seine Fortsetzung.** Demokratie ist nicht nur Kernbestandteil ihres Staatskonzeptes, sondern schützt die Partei nach Meinung der Parteimitglieder vor einem Rückfall in Illegalität und schafft ein Zugehörigkeitsgefühl zur tunesischen Gesamtgesellschaft.
- VI. **Die Rolle von Ennahda im Transformationsprozess und Wahlkampfrituale wie die Großveranstaltungen haben die innere Kohärenz und kollektive Identitätsbildung der Partei gestärkt.**

-
- ¹ Vgl. Election Guide (2014): Tunisian Republic – Elections for Parliament. Abrufbar unter: <http://www.electionguide.org/elections/id/2746/>. Letzter Zugriff: 10.12.2014.
- ² Hintergrundgespräch mit Dr. Radwan Masmoudi, Tunis, 30.10.2014.
- ³ Aufgrund der präzisen Darstellungsform in diesem Papier, wird größtenteils auf Spezifizierungen der befragten Personen verzichtet. Im Mittelpunkt des Papiers stehen Einschätzungen des Autors hinsichtlich der Selbstwahrnehmung von Ennahda im Parlamentswahlkampf 2014. Als Argumentationsbasis dient hier die Verknüpfung aus der Wiedergabe von gewonnenen Eindrücken aus teilnehmender Beobachtung, sowie aus der Schilderung sich wiederholender Inhalte aus Gesprächen mit Ennahda.
- ⁴ Programm S.34.
- ⁵ Der informelle Sektor umfasst ca. 30 % des tunesischen BIP. Vgl. http://www.africanmanager.com/site_eng/detail_article.php?art_id=19362. Letzter Zugriff: 6.1.2015.
- ⁶ Programm S.14.
- ⁷ Wahlprogramm 2014, S.56.
- ⁸ Vgl. Hintergrundgespräch mit Mohammed Gueloui vom September 2013 in Tunis, Tunesien und Rede von Rachid Ghannouchi im Kontext der Ibn Rushd- Preisverleihung am 05.12.2014 in Berlin, Deutschland.

Autor

Julius Dihstelhoff ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Fachgebiet Politik des CNMS. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören „Deutsche Außenpolitik in der MENA-Region“ und „Moderater Islamismus“.

Kontakt: julius.dihstelhoff@uni-marburg.de



Hintergrund

Die Schriftenreihe "MENA direkt" ist angesiedelt am Fachgebiet Politik des Centrums für Nah-und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps-Universität Marburg unter der Leitung von Prof. Dr. Rachid Ouassa. Sie beschäftigt sich mit den politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Transformationsdynamiken und aktuellen Entwicklungen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens. Die Schriftenreihe versteht sich als prozessbegleitende Dokumentation der Umbruchprozesse in der Region. Die zugehörige Themenreihe „Islamismus in Bewegung“ ist im Rahmen von Transformationspartnerschaftsprojekten des Fachgebiets mit dem Auswärtigen Amt entstanden.

**Alle Rechte vorbehalten. Die hier geäußerten Meinungen spiegeln die der Autoren wider.
Kommentare können gerne direkt an die Autoren gerichtet werden.**